

Maurice Pedergnana (44) ist Leiter Financial Services am Institut für Finanzdienstleistungen in Zug und Dozent an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

In der gekürzten Version ist dieses Interview am 12. November 2009 in der Neuen Luzerner Zeitung erschienen.

Maurice Pedergnana, die linke Seite forderte eine Lohnobergrenze in der Finanzbranche. Die bleibt nun aus, wie aus dem Rundschreiben zu Vergütungssystemen <http://www.finma.ch/d/aktuell/Seiten/mm-rs-verguetungssysteme-20091111.aspx> hervorgeht. Wird die Finma www.finma.ch zu Recht als zahnlos titulierte?

Maurice Pedergnana: Die Finma ist eine Finanzmarktaufsichtsbehörde und nicht ein politisches Gremium. Dadurch ist sie mehr der Sache verpflichtet und nicht den Wählern, wie ein politisches Gremium, das plakativ von einem Kostendach spricht. In den USA, England oder Frankreich, wo mit Staatsgeldern massive Boni ausbezahlt wurden, stellt sich diese Frage. Allerdings nicht in der Schweiz. Zudem ist die Frage nach einem gerechten Lohn von einer Marktaufsichtsbehörde nicht zu beantworten.

Die Finma geht mit diesen Regulierungen also genug weit?

Pedergnana: Die Finma zielt in die richtige Richtung. Grundsätzlich müsste aber das Geschäftsmodell der Privatbankiers gefördert werden, der mit seinem persönlichen Vermögen haftet. Da kann dann alles verloren gehen, wenn etwas schief läuft. Zahlreiche UBS-Manager haben noch fast alles, was sie in den letzten 20 Jahren an Boni erhalten haben. Bei einer Privatbank Sal. Oppenheim ging fast alles verloren, was in 200 Jahren aufgebaut wurde – aufgrund des schlechten Risikomanagements. Deshalb gefällt mir grundsätzlich das Modell der persönlichen Haftung viel mehr. Alles andere ist eine ökonomisch wie auch unternehmenskulturell und gesellschaftlich weniger überzeugende Version.

Dann gibt es also noch reichlich Verbesserungspotenzial?

Pedergnana: Das gibt es ganz bestimmt - auch in Institutionen, die nun nicht unter den Geltungsbereich des Rundschreibens zu Vergütungssystemen fallen. Ich denke deshalb, dass man mal auch innovativ vorangehen könnte, indem man beispielsweise Mitarbeitende, die bei der Finma auf objektive Missstände bei den Vergütungssystemen innerhalb ihres Unternehmens aufmerksam machen, belohnt.

Inwiefern?

Pedergnana: Solche Mitarbeitenden sollten mit bis zu drei Jahresgehältern entschädigt werden. Es soll sich wirklich um eine „Ent-Schädigung“ handeln, denn persönlich braucht man eine dicke Haut, wenn man allfällige Missstände auch nur antönt.

Ein System ähnlich der Kronzeugenregelung in den USA?

Pedergnana: Ja, in diese Richtung gehen meine Gedanken.

Grosse Risiken müssen bei gleichem Erfolg zu niedrigeren variablen Vergütungen führen als kleine Risiken, schreibt die Finma. Die Boni werden langfristig ans Risiko gekoppelt. Ein Schritt in die richtige Richtung?

Pedergnana: Natürlich. Aber viel wichtiger ist, dass sich die Banken überlegen müssen, ob der fixe Teil der Gesamtvergütung nicht deutlich erhöht werden soll. Und zwar zu Lasten der variablen Vergütung. Denn in den meisten Fällen sind diese Boni sachlich nicht gerechtfertigt. Wenn das Fixum 1/3 ausmacht und der Boni 2/3 und ich bewege mich in einem Geschäftsmodell, in dem z.B. 80 % des Ergebnisses vom Zinsengeschäft abhängig ist, dann stimmen die Verhältnisse einfach nicht. Der Einfluss auf ein Ergebnis von 12 Monaten ist da einfach relativ gering. Mit der Mehrjährigkeit ist dieses Problem nicht gelöst. Hier hat die Credit Suisse mit ihrem neuen Vergütungssystem wichtige Signale gesetzt. Andere Banken dürften ähnliche Schritte vornehmen.

Die Auflagen der Finma gelten nur für die 7 grössten Banken und die 5 grössten Versicherungen. Das führt doch zu einer Wettbewerbsverzerrung?

Pedernana: Das erstaunt mich auch. Da hat die Finma wohl vergessen, dass das „ma“ für *Marktaufsicht* steht. Nun pickt sie wenige heraus, verzerrt den Markt und sendet falsche Signale. Nehmen Sie das Beispiel Valiant. Die Regionalbank fällt nicht unter die Vergütungsbestimmungen der Finma, gehört aber zu den grössten kotierten Banken in der Schweiz. Die haben sich im Top Management Optionenpakete <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/millionen-fuer-valiant-manager:2297749> in historisch noch nie gesehener Millionenhöhe relativ intransparent zugeteilt. Dass solche Banken nicht unter das Vergütungssystem fallen, ist nach solchen Auswüchsen schwierig nachvollziehbar.

Die Finma schafft damit auch ungleiche Spiesse im Arbeitsmarkt. Eine Julius Bär dürfte die neuen Richtlinien befolgen müssen, eine Bank Vontobel wohl nicht.

Pedernana: Vontobel, als Nummer eins im Schweizer Derivatemarkt, müsste dabei sein. Ich verstehe nicht, weshalb hier eine so starke Eingrenzung stattfindet.

Banken, die über mehr als 2 Milliarden Franken an Eigenmittel verfügen, müssen die Regeln anwenden, die anderen nicht. Eine falsche Abgrenzung?

Pedernana: Valiant oder die Berner Kantonalbank sind grosse Publikumsgesellschaften, die über tausende von Aktionären verfügen. Ich verstehe nicht, weshalb die Ansätze der Finma nicht hier auch gelten sollten. Der Rahmen von 2 Milliarden Franken an Eigenmitteln erscheint vollkommen willkürlich.

Weshalb?

Pedernana: Die Finma wollte es zunächst anders, zeigte sich stark und hat nun dem Druck, dass möglichst wenige Institute unter ihr Vergütungsregime fallen, nachgegeben. Ich glaube dagegen, dass es inskünftig eine starke Finma braucht, um als wirksame Marktaufsicht einen entscheidenden Beitrag zu leisten, dass die richtigen Lehren aus der Krise gezogen werden.